

stellten, wo es Bauern gab, die nicht aus eigenem Verschulden wirklich in der Lage waren, ihr Soll zu liefern, und wo böser Wille am Werk war. Es gelang ihm, mit Hilfe der Altbauern einen vernünftigen Ausgleich zu schaffen. Eine solche Solidarität der Tat auszulösen, das ist Bauernhilfe!

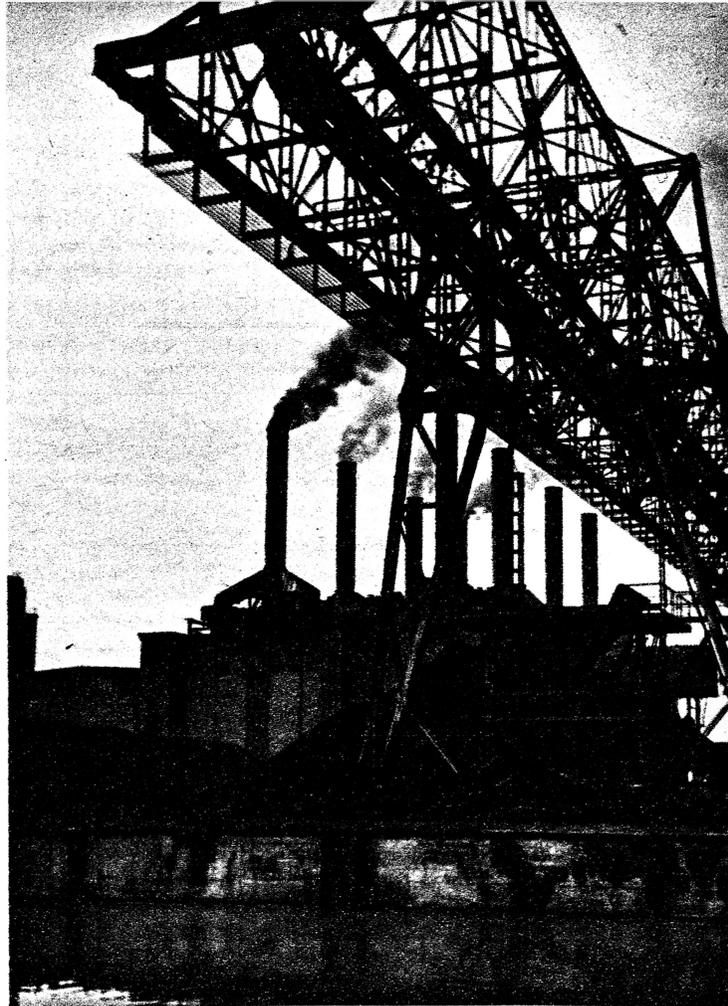
Zur Durchführung des Landwirtschaftsplanes sind gewaltige Vorarbeiten erforderlich. Und hier hat die Gemeindevertretung die Pflicht, in sehr eingehenden und gründlichen Beratungen in aller Öffentlichkeit den Weg zur Erfüllung der im Plan gestellten Aufgaben zu Anden. Dabei können die Lehren und Erfahrungen aus dem vergangenen Jahre von größtem Nutzen sein.

Fehler und Schwächen in der Gemeindeverwaltung sind in aller Öffentlichkeit sehr eingehend und kritisch zu behandeln. Aber auch die guten Beispiele sollen gezeigt werden, sie geben Arbeitsfreude und Zuversicht und viele Anregungen. So mancher, der durch Unkenntnis oder aus einer gewissen Gleichgültigkeit heraus seinen Pflichten nicht nachkommt, wird durch eine so geführte Gemeindepolitik vor vielen Unannehmlichkeiten verschont bleiben. Bürokratische Maßnahmen oder mit der „Faust auf den Tisch“ schlagen bringen uns keinen Schritt weiter, denn zu einem Bürgermeister oder Landrat, der auf solche Weise Schwierigkeiten zu überwinden glaubt, kann das Volk kein Vertrauen haben. Das Volk braucht Auskunft, Rat und Hilfe.

Eine erfolgreiche Arbeit ist auch nur möglich, wenn alle verantwortlichen und fortschrittlichen Kräfte im Kreis und in allen Landgemeinden eng zusammenarbeiten. Bürokratische Methoden sind der Todfeind der neuen demokratischen Gemeindepolitik. Heute gilt es, neue Wege zu beschreiten, um eine wirkliche Demokratie zu entwickeln. Auch Demokratie will gelernt sein. Zwangsmaßnahmen sind nicht das geeignete Mittel, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Selbstverständlich muß da, wo wirkliche Sabotage und Böswilligkeit festgestellt wird, energisch zugepackt werden. Wo solche Erscheinungen auftauchen, sollen sie zum Gegenstand einer öffentlichen Beratung in den Kreis- und Gemeindeparlamenten gemacht werden. Nur auf diese Art und Weise werden wir den Feinden des demokratischen Aufbaues mit Hilfe des Volkes das Handwerk legen können.

Vielfach fehlt es auch an einer guten Zusammenarbeit und dem nötigen engen Kontakt zwischen dem Landratsamt und den Gemeinden. Häufig war die Verbindung eine recht bürokratische Angelegenheit. — Es gibt andererseits natürlich viele Landräte, die ausgezeichnet arbeiten, die die Lage ihres Kreises und auch das letzte Dorf sehr gut kennen. Aber all das genügt nicht. Der Kreis ist der große Kommunalverband und von ihm verlangen die Gemeinden die größtmögliche Unterstützung. Der Bürgermeister und die Gemeindevertretung kennen die Sorgen und Nöte der Bevölkerung. Aber sie sind allein nicht imstande, alle Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden. Sie brauchen Hilfe und Anleitung. Und hier sollte man mit den alten Methoden der papierernen Weisungen Schluß machen.

Wie schaffen wir nun die so notwendige enge Bindung und wie lösen wir die Aufgaben in diesem Kreiskommunalverband? Nicht der Landrat ist hier der Alleinverantwortliche, die Hauptverantwortung tragen alle gewählten Vertreter. Und der vom Verantwortungsbewußtsein getragene Volksvertreter sieht seine Aufgaben nicht allein darin, gelegentlich einer Gemeinde- und Kreistagung zu irgendwelchen Fragen Stellung zu nehmen oder bestimmte Anträge zu stellen, sondern seine Hauptaufgabe muß vielmehr darin bestehen, überall dort einzugreifen, wo Hilfe nötig ist. Durch gutes Beispiel und Ratschläge soll er zu einem Helfer und Wegweiser für die Bevölkerung werden, zum Bindeglied zwischen ihr und Gemeinde- und Kreisverwaltung. Das setzt voraus, daß er sich mit allen Problemen, die in seiner Gemeinde auftauchen und darüber hinaus «ich mit kommunalen Auf-



*Die massige Krananlage für Kohlenentladung vermittelt einen richtigen Begriff über die im Hintergrund sichtbaren Klingenberg-Werke, das Herzstück der elektrischen Energieversorgung Berlins*

(Foto: Kolbe-Berlin)

gaben beschäftigt, die über den Rahmen seiner Gemeinde hinausgehen. Um diese so dringend notwendige Arbeitsgemeinschaft im Kreise zu schaffen, sollte mindestens alle drei Monate eine kommunalpolitische Tagung des Kreises durchgeführt werden. Die Initiative dazu liegt in der Hand des Kreistagevorsitzenden. An diesen kreis-kommunalpolitischen Tagungen sollen alle Bürgermeister sowie der Landrat und eine bestimmte Anzahl von Gemeinde- und Kreisvertretern teilnehmen. Im Vordergrund solcher Tagungen stehen die jeweils durchzuführenden Aufgaben in den Gemeinden. Nur so wird es möglich sein, die Arbeit zu vereinheitlichen, Erfahrungen auszutauschen und Schwächen und Mängel zu beseitigen. Derartige Tagungen bedürfen einer sehr guten Vorbereitung, an der nicht nur der Landrat teilnimmt, sondern es ist auch ratsam, die Sachbearbeiter des Landratsamtes heranzuziehen. Werden doch bei diesen Konferenzen viele Auskünfte verlangt und hier muß den Bürgermeistern sowie den Gemeindevertretern befriedigende Antwort gegeben werden. Diese Arbeitstagungen werden fruchtbringend sein, und wir schaffen damit jenes Vertrauensverhältnis zwischen Gemeinden und Kreisen, das so dringend notwendig ist. Eine rasche Aufbauarbeit und eine gesunde demokratische Entwicklung ist nur möglich, wenn wir alle Schranken beseitigen, die sich der Arbeit entgegenstellen. Schaffen wir auch jene Stützen, die zu einer guten und ersprießlichen Arbeit notwendig sind, denn nur mit Hilfe der demokratischen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Organisation der gegenseitigen Bauernhilfe) und bei Heranziehung alter fortschrittlichen demokratischen Kräfte zur Mitarbeit werden die neu-gewählten Volksvertreter in der Lage sein, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

A. Wyschka